

WERTE UND IDENTITÄT IN EUROPA. VON GEMÜSEHÄNDLERN, PILGERN UND KRIEG

VALUES AND IDENTITY IN EUROPE. OF GREENGROCERS, PILGRIMS AND WAR

Mariano Barbato*

Abstract

The debate on values and identity in Europe cannot be avoided for purely functional or economic arrangements. The debate about democracy beyond the nation state and in the context of globalization is seen as a key to the debate of values and identities in Europe. From a processual perspective of democratization the article discusses some aspects of these debates on the level of civil society ("greengrocer"), religion ("pilgrim") and security issues ("war").

Keywords: European Integration, Values, Identity, Civil Society, Religion, Security

Werte und Identität in der Europadebatte

Ob eine Werte- und Identitätsdebatte zum Prozess der europäischen Integration dazugehört, ist eine genauso offene, manchmal strittige Frage, wie die Frage nach der Substanz, dem Inhalt dieser Werte und Identitäten.

* PD Dr. Mariano Barbato ist DAAD-Langzeitdozent und Direktor des Zentrums für Europawissenschaften und Internationale Beziehungen (ZEWI) an der BBU Cluj-Napoca und Privatdozent an der Universität Passau. Zuletzt erschienen: Mariano Barbato, *Pilgrimage, Politics and International Relations. Religious Semantics for World Politics* (New York: Palgrave 2013).

Universität Babeş-Bolyai, Fakultät für Europastudien, Cluj-Napoca.

Contact: mariano@barbato.de

Eine rein ökonomische Sicht auf den europäischen Integrationsprozess verkürzt die Europäische Union auf Binnenmarkt und Eurozone und reduziert die Frage der Werte auf materielle Güter. Eine funktionale, pragmatische Herangehensweise streitet die politische Bedeutung von Werten und Identitäten nicht ab, hält sie aber für so sehr umstritten, dass von starken Wert- und Identitätszuschreibungen abgesehen werden muss, um eine gemeinsame Handlungsfähigkeit zu erreichen. Die europäische Integration kann aus dieser Sicht nur so weit gehen, wie sachlogische, funktionale Gründe alle Akteure überzeugen.

Der Stand der Integration hat jedoch diesen ökonomischen und funktionalen Argumentationsrahmen überschritten. Die Kooperation ist so eng geworden, dass eine rein ökonomische und funktionalistische Sicht der EU spätestens seit dem Vertrag von Lissabon der Realität nicht mehr gerecht wird. Vertiefung und Erweiterung sind in der EU weit über rein ökonomische und funktionalistische Gründe hinausgegangen. Dementsprechend gewinnt die Debatte um Werte und Identität, die den europäischen Integrationsprozess seit den Tagen von Robert Schuman und Konrad Adenauer begleitet hat, an Fahrt.

Der europäische Integrationsprozess steht mit dieser Verdichtung der Kooperation nicht allein, auch wenn er einen besonders fortgeschrittenen Raum der Integration darstellt. Der europäische Integrationsprozess ist ein besonders intensiv kooperierender Teil der Globalisierung. Unter dem Eindruck der Globalisierung steht das Feld der Internationalen Beziehungen, verstanden als die Praxis von Kooperation und Konflikt zwischen Staaten, vor der Aufgabe, grundlegende Parameter seiner Analyse neu zu justieren. Noch weniger als im Prozess der europäischen Integration ein Bundestaat oder gar ein Superstaat entsteht, zieht global ein Weltstaat herauf. Die Nationalstaaten weichen weder vollständig den Notwendigkeiten des Weltmarkts noch erlauben sie eine Weiterentwicklung ihrer Global Governance zu einem kosmopolitischen Weltstaat. Der Grund hierfür liegt darin, dass wir zwar in einer Weltgesellschaft leben, wir uns aber nicht auf die Legitimation von Herrschaft verständigen können. Durch die enge Vernetzung betreffen Entscheidungen in der Weltgesellschaft potentiell alle oder zumindest signifikante Teile der Weltgesellschaft. Souveränität und Selbstbestimmung als tragende Teile der Staatenwelt werden damit obsolet, weil souveräne Entscheidungen in einem Staat immer auch andere

betreffen bzw. nicht mehr getroffen werden können, weil namentlich die ökonomisch relevanten Kräfte sich diesen Entscheidungen entziehen können. Wenn die Globalisierung aufgrund der ökonomischen Gewinne nicht zugunsten eines Rückzugs in die Staaten oder wenigstens regionale Gebilde oder Zivilisation zurückgenommen werden wird, stellt sich die Frage der Herrschaftslegitimation in der Weltgesellschaft und der daraus resultierenden Konflikte und Kämpfe als zentrales Problem der Weltpolitik.

Ich gehe nicht davon aus, dass die europäische Integration im dem Sinn als Antwort auf die Globalisierung verstanden werden kann, dass Europa sich den Herausforderungen der Globalisierung nur als vereinigter Superstaat stellen könne. Ich gehe vielmehr davon aus, dass die europäische Integration die Probleme der Globalisierung wie in einem Brennglas bündelt. Langfristig könnte sich in Europa, analog zur Erfindung des Staatensystems souveräner Nationalstaaten und seiner Übertragung auf die ganze Welt, wieder ein politisches System entwickeln, das sich als beispielhaft erweist. Auf absehbarer Zeit wird dieser lang anhaltende Transformationsprozess jedoch keine neuen Blaupausen produzieren, sondern durch die Gleichzeitigkeit verschiedener Legitimationsdiskurse von Herrschaft geprägt bleiben wird.

Es kann also nicht darum gehen, beispielsweise einer voraussetzungslosen kosmopolitischen Demokratie durch die Bereitstellung von institutionellen Lösungen aus der Weiterentwicklung von innerstaatlichen Institutionen und Organisationen der Global Governance voreilig auf die Sprünge und zum Durchbruch zu helfen, weder auf europäischer noch auf globaler Ebene. Es bedarf vielmehr einer breiten Analyse der politischen Soziologie der Internationalen Beziehungen in Europa und in der Welt auf verschiedenen Ebenen, um festzustellen, welche Möglichkeiten der Herrschaftslegitimation auf Zustimmung stoßen könnten und welche nicht. Die Debatte um Werte und Identitäten sind dafür ein Schlüssel.

Die Debatte um Werte und Identitäten soll hier nicht in ihrer Breite aufgenommen werden. Vielmehr soll von einem zentralen Punkt aus, drei grundlegenden Fragen nachgegangen werden.

Der zentrale Ausgangspunkt stellt die Demokratie dar: Bei allem Streit über Werte und Identität haben sich die Europäer der Integration auf drei Säulen ihres Selbstverständnisses geeinigt: Markt, Rechtsstaat und Demokratie. Während Markt und Rechtsstaat in den Details ihrer Auslegung

nicht unumstritten sind, bilden sie doch die gut austarierten Säulen der EU als funktionierende Rechtsgemeinschaft und als gemeinsame Marktwirtschaft. Demokratie hingegen wird im europäischen Kontext oft unter der Überschrift des Demokratiedefizits diskutiert. Die Frage nach der Demokratie ist jedoch die zentrale Frage nach der Herrschaftslegitimation, weil hier strittige Werte und Identitäten, sowie die Details des Rechtsstaats und der Marktwirtschaft ausgehandelt und entschieden werden müssen. Trotz aller soziologisch gut nachweisbaren Differenzierungsprozesse behält sich die Sphäre der Politik doch den Anspruch vor, regulierend in andere Teilsysteme einzugreifen und den Rahmen darzustellen, in der die Zuschreibung legitimer Macht an die anderen Teilsysteme diskutiert, bestritten und neu justiert werden kann.

Ausgehend vom zentralen Punkt der Demokratie soll dieser Fragekomplex anhand von drei Fragen abgehandelt und diskutiert werden, und zwar über die Metapher des Gemüsehändlers (Werte der Zivilgesellschaft ökonomischer Mittelschichten), des Pilgers (Identitäten kultureller und religiöser Transformation) und der Möglichkeit des Krieges. Krieg als Gefahr scheidender Kooperation ist den Europäern spätestens seit der russischen Aggression gegen die Ukraine und dem Entstehen eines islamischen Terrorstaats in Syrien und Irak mit Ausläufern ans Mittelmeer im Jahr 2014 wieder präsent.

Nach der Demokratisierung?

Die Frage der Demokratie als Ausgangspunkt für eine Veränderung der Konfiguration von Macht zielt auch darauf ab, Werte und Identitäten, oder zusammengefasst Ideen, die Macht legitimieren, als wichtiger einzuschätzen als den Einsatz von Machtmitteln – Geld oder Militär. Dabei kann es hier nicht darum gehen, den Verästelungen des Ideendiskurses zur Demokratie nachzugehen. Als eine kurz gefasste Arbeitshypothese kann Demokratie als ein Herrschaftssystem verstanden werden, in dem diejenigen, die der Herrschaft unterworfen sind, signifikant an ihr partizipieren. Die demokratische Methode der Partizipation ist die Beteiligung am öffentlichen Diskurs, in dem alle Entscheidungen verhandelt werden, und der Beteiligung an diesen Entscheidungen über allgemeine, gleiche und freie Wahlen, die deswegen auch geheim sein müssen.

So verstanden ist Demokratie kein stabiler Zustand, etwa der eines souveränen Nationalstaats, dessen homogenes Volk sich als Demos konstituiert und autonom über seine vermeintlich autarke Lebensweise entscheidet, sondern ein fortlaufender Prozess, der immer diejenigen in die Partizipation an der Macht einzubinden versucht, die dieser Macht unterworfen sind. Demokratie ist demnach ein Prozess und eine Aufgabe, die sich als Demokratisierung begreift. Die für diesen Abschnitt gewählte Überschrift „Nach der Demokratisierung“ mit einem Fragezeichen zu versehen, soll drei Aspekte ausleuchten:

Eine optimistische Lesart kann die Aufgabe der Demokratie als grundsätzlich erledigt betrachten und sich auf den Aspekt der Konsolidierung konzentrieren. In dieser Sicht haben wir das Ende der Geschichte erreicht.¹ Wir wissen, was Demokratie ist, sie hat keine ernsthaft konkurrierenden Alternativen legitimer Herrschaftsformen mehr und muss sich weltweit auf ihrem Siegespfad der Konsolidierung nur noch nach und nach durchsetzen. In der Tat hat diese Sichtweise etwas für sich. In den letzten Jahrzehnten seit den Demokratisierungserfolgen in Lateinamerika aber auch in Südeuropa, insbesondere aber im letzten Vierteljahrhundert seit dem Untergang des Kommunismus in den Revolutionen von 1989 hat sich der Transitionsprozess der Demokratisierung eindrucksvoll durchgesetzt. Auch wenn der Arabische Frühling nur in Tunesien vorerst erfolgreich war und das chinesische Manifest der Charta 08 seinem Initiator Liu Xiaobo außer dem Friedensnobelpreis vor allem Haft eingebracht hat, steht der Aufstand der Massen im Arabischem Frühling wie die Unterzeichnung des Manifest durch 5000 chinesische Intellektuelle und Bürgerrechtler für die Strahlkraft der Atlantischen Revolutionen und ihres Demokratisierungsprojekts.²

Eine skeptischere Lesart kann einen Zustand nach der Demokratisierung nicht als erfolgreichen Abschluss, sondern als die Rückkehr autoritärer Herrschaft begreifen. Nach Wellen der Demokratisierung stellen sich immer wieder Gegenbewegungen autoritärer Rückschritte ein.³ Statt einer linearen Entwicklung zur Demokratie stellt sich eher das klassische

¹ Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte: wo stehen wir?*, München: Kindler, 1992.

² Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart*, München: Beck, 2015.

³ Samuel P. Huntington, *The third wave: Democratization in the late twentieth century*, Norman: University of Oklahoma Press, 1993.

Bild der Zyklen oder des Rhythmus von Ebbe und Flut ein. In der Tat sehen wir in der russischen Aggression gegen die ukrainische Wahl der Demokratie oder im Alptraum des Islamischen Staats nach dem gescheiterten Arabischen Frühling einen Rückschlag zu Demokratisierungsprozessen.

Eine noch pessimistischere Sicht stellt nicht nur auf konkrete Rückschritte zu autoritärer Herrschaft ab, sondern spricht aus prinzipiellen, inhärenten Gründen des Liberalismus von einem sich einstellenden Zustand der Post-Demokratie.⁴ Dieser Zustand der Post-Demokratie rührt daher, dass eine tiefgreifende, nicht überwindbare Diskrepanz zwischen Demokratie und Globalisierung bzw. Europäisierung besteht. Demnach kann Demokratie, wie wir sie kennen, nur in souveränen Nationalstaat mit seiner selbstbestimmten Gemeinschaft von Staatsbürgern funktionieren. Volkssouveränität als zentrale Grundlage des demokratischen Selbstverständnisses erodiert und verschwindet unter dem Eindruck des globalen Kapitalismus. Wenn kein kosmopolitischer Weltstaat oder auch nur ein europäischer Bundesstaat eingerichtet werden kann, der den demokratischen Rahmen des Nationalstaats in freier Selbstbestimmung der bisher souveränen Völker ersetzt, dann stehen sich Demokratie und Globalisierung als sich gegenseitig ausschließende Konzepte gegenüber. Globalisierung und Demokratie gleichzeitig geht dann nicht. Wenn die Globalisierung oder die Europäisierung nicht zurückgedreht wird, dann endet die Demokratie.

Diese letzte radikale Sichtweise ist sicherlich dahingehend korrekt, dass die Globalisierung den Nationalstaat als einzigen und geschlossenen Rahmen legitimer Herrschaft überwindet. Wenn wir jedoch Demokratie nicht auf national verstandene Volkssouveränität verkürzen, sondern als Partizipation aller Herrschaftsbetroffenen an dieser Herrschaft verstehen, dann greift die Dichotomie von Globalisierung und Demokratisierung zu kurz. Denn mit dieser Definition wies die ausschließlich national verstandene Demokratie immer erhebliche Demokratiedefizite auf. Nur national getroffene Entscheidungen wirken sich nicht nur auf die Beteiligten nationaler Entscheidungsprozesse aus, sondern haben erheblich externe Effekte, die nicht selten zu Widerstand, Spannungen und Konflikten führen. Global Governance und europäische Integration sind so gewendet

⁴ Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a. Main: Suhrkamp, 2008.

Ansätze, um die Demokratiedefizite des Nationalstaats, die dieser durch seine Externalisierungseffekte erzeugt, zu kompensieren.⁵ Ein Ende der Globalisierung und Europäisierung würde demnach keine neue Wende zur Demokratie einleiten, sondern einen Rückfall in die Demokratiedefizite des Nationalstaats bedeuten.

Alle drei Ansätze werfen wichtige Fragen auf, bieten aber zu enge Lösungen als Antworten an. Unsere historische Situation zeichnet sich durch die Gleichzeitigkeit verschiedener Legitimitätsstränge von Herrschaft aus, die unterschiedliche Verteilungen von Macht legitimieren. Demokratisierung ist ein Prozess, der deshalb immer weiter geht, da in den Umwälzungen der Globalisierung immer neue Gruppen eingebunden werden müssen, die im Sog der wachsenden Zusammenarbeit in sich gegenseitig beeinflussende Prozesse eingebunden werden. Dieser Prozess der Demokratisierung wird jedoch nicht von einem gut geölten Motor reibungslos nach vorn getrieben. Sein Motor ist vielmehr der Konflikt in der Kooperation, der über eine immer weiter ausgreifende Methode demokratischer Partizipation destruktive Reibungen in eine vertiefte konstruktive Kooperation übersetzen soll.

Der Motor der Demokratisierung leidet jedoch an einem schwerwiegenden Konstruktionsfehler: dem notwendigen Konsens der Verlierer.⁶ Demokratie bindet idealtypisch alle ein, kann aber nur selten einen vollständigen Konsens für ihre Entscheidungen erreichen und beschränkt sich auf das Erreichen einer ausreichenden Mehrheit. Die Minderheit muss sich damit abfinden, von der Mehrheit beherrscht zu werden. Sie kann darauf hoffen, bei der nächsten Gelegenheit zur Mehrheit zu werden oder sich zumindest in manchen Aspekten der Mehrheitsherrschaft auch vertreten zu fühlen. Grundlegend muss sie aber an die Legitimität des Verfahrens einer Mehrheitsabstimmung glauben. Tut sie dies nicht oder fühlt sie sich von der Mehrheit in einer aussichtslose Minderheitensituation gedrängt, kann sie den demokratischen Konsens des Verlierers aufkündigen. Die Wellen der Demokratisierung haben uns gelehrt, dass die Entscheidung an der Wahlurne nicht zum Ende, sondern zum Auftakt für den Bürgerkrieg werden kann. Das Westminster Modell der Mehrheitsdemokratie taugt

⁵ Jürgen Neyer, „Wider die Vereinigten Staaten von Europa. Europas demokratische Rechtfertigung“, in: *Leviathan*, 39, Nr. 4, 2011, S. 479–498.

⁶ Christopher J. Anderson et al., *Losers' consent: elections and democratic legitimacy*. Oxford: Oxford University Press, 2005.

weder für die EU noch für den Irak oder Afghanistan, die vielmehr konsensorientierte Modelle der Demokratie mit breiten Mehrheiten benötigen. Doch solche Mehrheiten sind oft nicht herstellbar. Wenn kein Kompromiss gefunden werden kann, schaltet der Konfliktmotor vom demokratischen Gang in die kriegerische Auseinandersetzung gewalttätiger Entscheidungsfindung zurück und der Demokratisierung bricht ab. Demokratisierung ist ein Prozess mit offenem Ausgang.

Seine gegenwärtigen Erfolgsaussichten lassen sich aus der Perspektive von Global Governance und Global Finance gleichsam von oben betrachten. Hier wird ein anderer Ansatz gewählt, der einer Soziologie der Internationalen Beziehungen in europäischer Perspektive, der die Menschen und ihre Staaten als Ausgangspunkt von unten in den Blick nimmt.

Von den Werten des Gemüsehändlers

Die Metapher des Gemüsehändlers stammt aus dem für die Revolutionen von 1989 grundlegenden Essay Vaclav Havel.⁷ Der Gemüsehändler steht für die scheinbare machtlose Masse der kleinen Leute, von deren Stillhalten und stillschweigender Partizipation jedoch die Staatsmacht abhängt. Havel argumentiert, dass die Staatsmacht nichts ohne die stillschweigende Einwilligung der scheinbar machtlosen Masse vermag. Ihre Macht basiert auf der Macht der Machtlosen, die sich dieser Macht aber auch selbst besinnen können. Furcht allein ist unzureichend für stabile Herrschaft, sie bedarf der Akzeptanz und der Teilnahme aller. Die Staatsmacht ist darauf angewiesen, dass der Gemüsehändler an ihrer ideologischen Lüge festhält und gegen seine Überzeugung opportunistisch die geforderte Propaganda in seiner Auslage dekoriert. Der Einschluss in die ideologische Lüge liefert die nötige Fassade, um den Zwang von oben zu verschleiern und im Austausch dafür ein ökonomisches Auskommen zu erhalten. Sobald der Gemüsehändler diesen opportunistischen Konsens aufkündigt und die Propagandadekoration „Proletarier vereinigt euch“ aus der Auslage nimmt, entsteht Raum für eine neue Öffentlichkeit. Wenn sich nun die Gemüsehändler tatsächlich vereinigen, entsteht die Macht der Machtlosen,

⁷ Vaclav Havel, u. a., *The Power of the Powerless. Citizens against the state in Central-Eastern Europe*, London: Hutchinson, 2012 (zuerst 1985).

denen die Staatsmacht von oben nichts mehr entgegenzusetzen hat, außer sie entscheidet sich für die Gewalt. Die Gemüsehändler konstituieren eine Zivilgesellschaft, aus der heraus sich der Umbruch durchsetzen kann. Bleibt es bei einer gewaltfreien Auseinandersetzung, können die Gemüsehändler nun ihre Revolution mit der Staatsmacht aushandeln und eine neue Machtverteilung durchsetzen, die einen inklusivere Partizipation erlaubt als die alte. Im Umbruch von unten der Jahre 1989 bis 1991 hat sich Mittel- und Osteuropa auf diese Weise selbst befreit.⁸

Schaut man über Europa hinaus, fällt ins Auge, dass der Arabische Frühling nicht von einem metaphorischen Gemüsehändler ausgelöst wurde, sondern von einem ganz konkreten kleinen Straßenhändler in Tunesien, der die tägliche Schikane der Staatsmacht nicht mehr ertragen hat. Im Gegensatz zu 1989 fand der Arabische Frühling kein erfolgreicher Umbruch auf breiter Front statt. Nur Tunesien selbst kann als erfolgreiche Revolution gelten, in Ägypten wurde die Revolution zuerst von der Muslimbruderschaft und dann vom Militär gestohlen, der Rest ist Bürgerkrieg und Terrorherrschaft. Anders als 1989 in Mittel- und Osteuropa fehlte den arabischen Gemüsehändlern die politische Sprache, in der eine neue Zivilgesellschaft hätte ausgehandelt werden können. Außerhalb wie innerhalb der Region besaß der Gemüsehändler kein zureichendes Narrativ, das die Demokratie als Möglichkeit neuer Machtarrangements durchgesetzt hätte. In Kairo spielten die Freitagsgebete anfänglich eine ähnliche Rolle wie die Montagsgebete in Leipzig.⁹ Doch im Gegensatz zu den christlichen Impulsgebern der Revolutionen von 1989, die durchgehend Gewaltlosigkeit und Demokratie stützten, war die Interpretation des Islams innerhalb wie außerhalb der Region zu unterschiedlich, um darauf ein stabiles Fundament für einen demokratischen Grundkonsens zu bauen. Ganz im Gegenteil führte das fundamentale Zerwürfnis der arabischen Welt über die Rolle der Religion in einen regionalen Bürgerkrieg, der auch Europa betrifft.¹⁰

⁸ Detlev Preuße, *Umbruch von unten. Die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas und das Ende der Sowjetunion*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2014.

⁹ Mariano Barbato, "Postsecular revolution: religion after the end of history", in *Review of International Studies*, Nr. 5, 2012, S. 1079-1097.

¹⁰ Zur Säkularisierung im Islam vgl. Walter Rothholz, "Rudimente einer Theorie der Säkularisierung im Islam" in *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte*, 49 Nr. 3, 1997, S. 231-257.

Die Metapher des Gemüsehändlers hat neben der zivilgesellschaftlichen Dimension auch eine ökonomische Dimension. Der Liberalismus vertraut darauf, dass aus der Freiheit des Marktes auch eine Freiheitsforderung der Bürger entsteht, die zur Demokratisierung führen muss. Diese liberale These ist eine offene Wette. Es könnte auch sein, dass sich der „Trickle-down-Effekt“ als ausreichend herausstellt, um die wachsende Schicht einer unteren Mittelschicht von Gemüsehändlern auch in autoritäre Regime einzubinden. Vielleicht stellt sich sogar ein populistischer Konsens eines „Extremismus der Mitte“ (Seymour Martin Lipset) ein, der bereit ist, autoritäre Herrschaft auch beim Kampf um Wohlstandsgewinn zu stützen. Die Gemüsehändler Russlands scheinen sich gegenwärtig auf diesen Pfad zu befinden. Ein freier Markt kann Demokratisierungsprozesse unterstützen, ein Automatismus scheint nicht damit einherzugehen. Der Markt kann auch die post-demokratische Erosion der Demokratie zugunsten rein ökonomisch verstandener Freiheitsrechte fördern. Die zivilgesellschaftliche Kraft zur Wahrheit, aus der eine freie Diskussion um grundlegende Werte und ein demokratischer Partizipationsprozess an der Argumentation darüber entstehen kann, erwächst nicht allein aus dem ökonomischen Aufstieg des Gemüsehändlers in den neuen Mittelschichten und ihrer „Finanzwerte“. Deswegen bedarf es eines Blicks auf die Frage der Identität, die hier an der metaphorischen Figur des Pilgers verhandelt werden soll.

Die Identität des Pilgers

Der Pilger dient als Metapher mit der die Bedeutung der Religion für die Identitätskonstruktion des Pilgers betont werden kann.¹¹ Das liberale Argument von Ökonomie und Zivilgesellschaft beantwortet die Frage nach der Demokratisierung nicht hinreichend. Es bedarf auch des konstruktivistischen Blicks auf die Bedeutung von Kultur und Identität. Außer dem Nationalismus als der politischen Religion des Staates ist keine Identitätskonstruktion so stark in der Legitimierung von Macht wie die der Religion. Religion wird dabei oft als rückwärtsgewandte Identitätskonstruktion missverstanden, die den Status quo der

¹¹ Mariano Barbato, *Pilgrimage, Politics, and International Relations. Religious Semantics for World Politics.*, New York: Palgrave 2012/2013.

Machtverteilung unterstützt. Das kann der Fall sein, oft ist aber das Gegenteil wahr. In den Demokratisierungsprozessen vor und nach 1989 spielte Religion eine zentrale Rolle für einen Wandel atheistischer, aber auch traditioneller autoritärer Regime, denen die religiöse Legitimation entzogen wurde.¹² In der arabischen Welt stehen religiöse Argumente auf der Seite des Status quo wie auf sehr unterschiedlichen Seiten der Revolution. Religion ist eine sehr breit und sehr unterschiedlich wirkende Ressource für demokratische wie autoritäre Arrangements von Macht und die sie legitimierenden Identitätskonstruktionen.

Die Gleichzeitigkeit neuer und alter Semantiken der Religion lässt sich im Konzept der Pilgerschaft und der metaphorischen Figur des Pilgers verdeutlichen. Pilgerschaft ist ein altes Ritual, das in fast allen Weltreligionen eine bedeutsame Rolle der Identitätsstiftung spielt. Goethe wird der schöne Spruch zugeschrieben, dass Europa auf der Wallfahrt entstanden wäre und das Christentum seine Muttersprache sei. Das transeuropäische Netz des Jakobswegs, das das ganze Mittelalter hindurch Pilger aus allen Teilen Europas nach Santiago de Compostela führt, ließ nicht nur Kirchen und Hospitäler entlang des Wegs wachsen, sondern schuf auch eine europäische Identität. Zahlreiche andere Wallfahrtstraditionen vervollständigen das Bild.¹³ Pilgerschaft hat aber nicht nur eine historische Relevanz, sondern ist ein modernes Massenphänomen in der Globalisierung. Das gilt nicht nur für den Rekord von sechs Millionen Besuchern bei einer Messe, den Papst Franziskus bei seinem Besuch in Manila im Januar 2015 aufgestellt hat. Auch der traditionelle Jakobsweg im säkularisierten Europa erfreut sich

¹² Samuel P. Huntington, *The third wave: Democratization in the late twentieth century*. Norman: University of Oklahoma Press, 1993, S. 72-85; Christiano German, *Politik und Kirche in Lateinamerika. Zur Rolle der Bischofskonferenzen im Demokratisierungsprozess Brasiliens und Chiles*, Frankfurt am Main: Vervuert, 1999; Christian Führer, *Und wir sind dabei gewesen. Die Revolution, die aus der Kirche kam*, Berlin: Ullstein, 2008. Arnd Brummer (Hrsg.), *Vom Gebet zur Demo: 1989 – die friedliche Revolution begann in den Kirchen*, Frankfurt am Main: Hansisches Dr.- und Verl.-Haus, 2009; Hans-Joachim Veen/ Peter März/ Franz-Josef Schlichting (Hrsg.), *Kirche und Revolution. Das Christentum in Ostmitteleuropa vor und nach 1989*, Köln/Weimar: Böhlau 2009.

¹³ Mariano Barbato, "Europawissenschaftliche Erkundungsgänge im christlichen Europa. Das Leitbild der Pilgerschaft und Joseph Weilers Ansatz zwischen Religion, Recht und Politik" in *Studia UBB Europaea*, Nr. 4, 2012, S. 97-118.

zunehmender Beliebtheit. Im Unterwegssein der Pilgerschaft und ihrer Bereitschaft Identitätskonstruktionen zu überprüfen und dabei zu festigen oder zu verändern, findet sich der Nomade der Europäisierung und Globalisierung wieder. In der Pilgerschaft finden sich auch die großen Migrationsströme unsere Zeit wieder. Pilgerschaft lässt sich als wiederholbarer Rite de Passage verstehen. Darüber kann sich der Pilger seiner eigenen Identität und Gruppenzugehörigkeit versichern. Er kann aber auch die Erfahrung einer neuen Zugehörigkeit erleben und sich darüber eine neue Gruppenidentität schaffen. Dieses Potenzial transnationaler Gemeinschaftsbildung kann sich für neue Formen der Zugehörigkeit auswirken, wie das beispielsweise zu Beginn für das Projekt der europäischen Integration der Fall war. Dieses Potenzial kann sicher aber auch anders auswirken. Identitätskonstruktionen religiöser Transformationen sind so offen und kontextbezogen wie andere Identitätskonstruktionen auch.

Unabhängig von den konkreten Pilgersemantiken in religiösen Gemeinschaften lässt sich aus der Figur des Pilgers auch eine postsäkulare Gestalt vorstellen, die in der Lage ist, transformative Gesellschaften zu konzipieren, die sich einem permanenten Wandlungsprozess unterwerfen, dabei aber sich der Frage der Werte und Identitäten nicht entledigen, sondern daraus soziale Handlungsfähigkeit entwickeln. Politische Gemeinschaften und auch demokratische Nationalstaaten lassen sich unter dem Einfluss von Globalisierung und Europäisierung her mit der Figur des Pilgers als mit der des Leviathans fassen.¹⁴ Der Leviathan ist damit aber noch nicht obsolet geworden. Auch der sterbliche Gott ist nicht tot.

¹⁴ Mariano Barbato, "What kind of person is the state? The pilgrim as a processual metaphor beyond the Leviathan" in *Journal of International Relations and Development*, online first: (14 November 2014) | doi:10.1057/jird.2014.25, <http://www.palgrave-journals.com/jird/journal/vaop/ncurrent/abs/jird201425a.html>.

Die Kriege des Leviathans

Thomas Hobbes' Metapher des Leviathans für den modernen Staat hat viele Implikationen. Hier kann nur eine kurz angerissen werden: der Staat als bürokratisch organisierte Maschine des Krieges.¹⁵ Die Transformation des Gemüsehändlers wie die des Pilgers verlaufen nicht ohne Reibungsverluste. Mitunter können sie schon extrem gewalttätig sein, wenn sie auf der Ebene nicht-staatlicher Akteure stattfinden. Gemüsehändler wie Pilger können den Pfad der Gewalt einschlagen, um ihre sozialen Konflikte auszutragen. Terrorismus, Aufstände, Rebellionen und Gegenrevolutionen sind Teil der Topographie der Gewalt in Europa und an seinen Grenzen. Ein großer Krieg entsteht aber nur dann, wenn Konfliktparteien in der Lage sind, sich des Gewaltpotenzials des Staates zu bemächtigen oder ein solches zu schaffen.

Im hybriden Krieg Russlands gegen die Ukraine bricht die russische Gesellschaft ihren Demokratisierungsprozess ab und folgt der Staatsmacht in eine Auseinandersetzung, die die Demokratisierung der Ukraine abbrechen soll.¹⁶ Nicht zuletzt religiöse Semantiken werden bemüht, um den gerade noch prosperierenden Mittelschichten statt eines ökonomischen einen nationalen Aufstieg anzubieten. Auf internationaler Ebene spielt Russland gleichzeitig ein klassisches Machtspiel mit militärischem Nachdruck für seine Argumente und versucht dennoch am Prozess der Globalisierung und seinen Aushandlungs- und ökonomischen Integrationsschritten weiter zu partizipieren. In dieser Auseinandersetzung stehen auch die oben diskutierten Sichtweisen auf die Demokratisierung auf dem Prüfstand. Russlands Kriegskurs lässt sich als Gegenbewegung zur Welle der Demokratisierung einordnen. Verebbt diese Gegenbewegung nicht nur in der Ukraine, sondern lässt sich mittelfristig die von der Moskauer Führung gefürchtete Demokratisierung auch für Russland nicht verhindern, scheint das liberale Ende der Geschichte heraufzuziehen. Setzt sich Russland durch und gelingt es ihm dabei gleichzeitig, vielleicht in einer chinesischen Allianz, den Prozess der Globalisierung zu seinen Bedingungen durchzusetzen, begibt sich der Prozess der europäischen Integration ins postdemokratische Fahrwasser.

¹⁵ Charles Tilly, *Coercion, Capital, and European States, AD 990-1992*, Oxford: Blackwell, 1992.

¹⁶ Katharina Raabe /Sapper Manfred (Hrsg.), *Testfall Ukraine. Europa und seine Werte*, Berlin: Suhrkamp, 2015.

Noch deutlicher wird die Situation am Beispiel des aus dem Krieg geborenen Islamischen Staats. Im Gegensatz zum UN-Mitglied Russland, das seinen Status als Völkerrechtssubjekt auch durch die völkerrechtswidrige und verbrecherische Annexion der Krim (Angela Merkel) nicht verliert, ist der Islamische Staat de jure kein Staat. De facto hat der Islamische Staat jedoch nicht nur eine von keinem anderen Staat anerkannte Staatlichkeit ausgerufen, sondern diese Staatlichkeit, verstanden als Gewaltmonopol über ein Territorium und seine Bevölkerung, in großen Teilen Syriens und des Iraks geschaffen, durchgesetzt und behauptet. Bisher waren terroristische Organisationen nur in der Lage, zum Staatszerfall beizutragen, hier wurde ein Terrorstaat durch Terror erschaffen.¹⁷ Dementsprechend tödlich und zerstörerisch wirkt sich der Krieg dieses neuen Leviathans aus. Demokratien wie Autokratien finden gegenwärtig nur unzureichende Antworten auf diese Herausforderung.

Das Argument des demokratischen Friedens behauptet in seiner abgeschwächten Form die Friedlichkeit der Demokratien nur gegenüber ihresgleichen. Gegenüber Autokratien wären Demokratien genauso wenig friedliebend wie Autokratien gegeneinander oder gegenüber den Demokratien.¹⁸ Die Zurückhaltung der liberalen Demokratien Europas, aber auch Amerikas sowohl gegenüber Russland wie gegenüber dem Islamischen Staat könnte zu einem Überdenken dieser These führen.

Eine andere These geht jedoch noch weiter. Die Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten entpuppen sich als regionale Konflikte in einer globalen Welt, die unbeeindruckt davon ihren globalen Geschäften nachgeht. Europa und das Mittelmeer, noch im Kalten Krieg das Epizentrum der Weltpolitik, werden einem Prozess der Provinzialisierung unterworfen. Die BRIC-Staaten treiben ihre Zusammenarbeit mit Russland ungeachtet seiner völkerrechtswidrigen Annexion der Krim voran und Europa baut seine Kooperation mit den BRIC-Staaten aus. Der Krieg des Leviathans stoppt weder die Geschäfte des Gemüsehändlers noch die Transformationen neuer Gemeinschaftsbildung des Pilgers. Die Frage, ob demokratische Partizipation sich als grundlegender Bestandteil von legitimer Herrschaft

¹⁷ Audrey Kurth Cronin, "ISIS Is Not a Terrorist Group" in *Foreign Affairs*, Nr. 2, 2015, S. 87-98.

¹⁸ Anna Geis, Harald Müller, Wolfgang Wagner (Hrsg.), *Schattenseiten des Demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik*, Frankfurt a. M.: Campus, 2007.

global durchsetzt oder scheitert, ist offen. Die Antwort darauf wird Rückwirkungen auf die Werte und Identitäten Europas haben, das in den Prozess der Globalisierung eingewoben bleibt.

Ein neuer Blick auf die Welt

Die Frage nach den europäischen Werten und Identitäten nach dem Prozess der Demokratisierung wird weder mit der These beantwortet, dass sich Pilger zwangsläufig in eine globale kosmopolitische Erzählung des Friedens einschließen lassen oder eine solche entwickeln noch mit der These, dass sich die Gemüsehändler allein aus ökonomischem Vorteil an demokratische Entscheidungsprozesse halten. Die Antriebskraft der Demokratisierung liegt in ihrer effizienten Bearbeitung von Konflikten, die sich durch demokratische Prozesse des Aushandelns den Bürgerkrieg ersparen. Der Prozess der Globalisierung kann auch als Versuch, verstanden werden, diese Effizienzeffekte in das Verhalten nach außen zu tragen und die Entscheidung durch Krieg obsolet zu machen. Dieser Versuch wird immer dann misslingen, wenn die Gemüsehändler und Pilger sich lieber an ihren alten Leviathan halten oder sich einen solchen schaffen, um ihre Werte und Interessen durchzusetzen, statt sich auf die Macht der Machtlosen zu besinnen, die sich der Mühe einer transformativen Pilgerschaft unterwerfen.

Das Auswärtige Amt hat in seinem Review 2014 Prozess „Außenpolitik weiterdenken“ ein Format gewählt, das die Bürokratie des Auswärtigen Dienstes nicht nur mit der deutschen und internationalen Expertengemeinde ins Gespräch bringt, sondern auch mit der deutschen, europäischen und globalen Zivilgesellschaft. Das Logo dieses Prozesses ist die Weltkarte von Richard Buckminster Fuller, die nicht dem bekannten Format folgt, sondern einen aufgeklappten Globus zeigt. Das Auswärtige Amt erklärt dazu:

„Die von Richard Buckminster Fuller bereits in den 50er Jahren entworfene Karte zeigt die Erde aus einer ungewöhnlichen Perspektive: Die Kontinente werden zusammenhängend und ohne visuelle Verzerrungen in ihren Größen dargestellt. Das zwingt uns, die herkömmlichen Bezugspunkte und Gegenüberstellungen wie Nord-Süd oder West-Ost zu überdenken.“¹⁹

¹⁹ <http://www.aussenpolitik-weiter-denken.de/de/themen.html>, 22.05.2015.

Dieser neue Blick zeigt Europa nicht mehr als den Mittelpunkt der Weltkarte an. Damit kann sich Europa seine geschrumpfte Bedeutung bewusst machen. Entscheidend wird es sein, welche Konsequenzen Europa daraus für seine Werte und Identitäten zieht und ob seine global gesehen kulturell ähnlichen, europäisch betrachtet kulturell unterschiedlichen Gemüsehändler die Kraft finden, intern wie extern den Weg einer demokratischen Pilgerschaft der Transformation zu gehen. Nicht jeder Pfad wird dabei ohne eine Begegnung mit einem kriegerischen Leviathan eingeschlagen werden können.

Bibliographie

1. Anderson, Christopher J. et al. (2005), *Losers' consent: elections and democratic legitimacy*, Oxford: Oxford University Press.
2. *Außenpolitik weiter denken* [<http://www.aussenpolitik-weiter-denken.de/de/themen.html>], 27. Mai 2015.
3. Barbato, Mariano (2012), "Europawissenschaftliche Erkundungsgänge im christlichen Europa. Das Leitbild der Pilgerschaft und Joseph Weilers Ansatz zwischen Religion, Recht und Politik" in *Studia Europaea*, Nr. 4, 97-118.
4. Barbato, Mariano (2014), "What kind of person is the state? The pilgrim as a processual metaphor beyond the Leviathan" in *Journal of International Relations and Development*, online first: (14 November 2014) | doi:10.1057/jird.2014.25), <http://www.palgrave-journals.com/jird/journal/vaop/ncurrent/abs/jird201425a.html>.
5. Barbato, Mariano (2012/2013), *Pilgrimage, Politics, and International Relations. Religious Semantics for World Politics*, New York: Palgrave.
6. Barbato, Mariano (2012), "Postsecular revolution: religion after the end of history" in *Review of International Studies*, Nr. 5, S. 1079-1097.
7. Brummer, Arnd (Hrsg.) (2009), *Vom Gebet zur Demo: 1989 – die friedliche Revolution begann in den Kirchen*, Frankfurt am Main: Hansisches Dr.- und Verl.-Haus.
8. Cronin, Audrey Kurth (2015), "ISIS Is Not a Terrorist Group" in *Foreign Affairs* Nr. 2, S. 87-98.
9. Crouch, Colin (2008), *Postdemokratie*, Frankfurt a. Main: Suhrkamp.

10. Führer, Christian (2008), *Und wir sind dabei gewesen. Die Revolution, die aus der Kirche kam*, Berlin: Ullstein.
11. Fukuyama, Francis (1992), *Das Ende der Geschichte: wo stehen wir?*, München: Kindler.
12. Geis, Anna; Müller, Harald; Wagner, Wolfgang (Hrsg.) (2007), *Schattenseiten des Demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik*, Frankfurt a. M.: Campus.
13. German, Christiano (1999), *Politik und Kirche in Lateinamerika. Zur Rolle der Bischofskonferenzen im Demokratisierungsprozess Brasiliens und Chiles*, Frankfurt am Main: Vervuert.
14. Havel, Vaclav u. a. (2012/zuerst 1985), *The Power of the Powerless. Citizens against the state in Central-Eastern Europe*, London: Hutchinson.
15. Huntington, Samuel P. (1993), *The third wave: Democratization in the late twentieth century*, University of Oklahoma Press.
16. Neyer, Jürgen (2011) „Wider die Vereinigten Staaten von Europa. Europas demokratische Rechtfertigung“ in: *Leviathan*, 39, Nr. 4, S. 479–498.
17. Preuße, Detlev (2014), *Umbruch von unten. Die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas und das Ende der Sowjetunion*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
18. Raabe, Katharina; Sapper Manfred (Hrsg.) (2015), *Testfall Ukraine. Europa und seine Werte*, Berlin: Suhrkamp 2015.
19. Rothholz, Walter (1997), „Rudimente einer Theorie der Säkularisierung im Islam“ in *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte*, 49 Nr. 3, 231–257.
20. Tilly, Charles (1992), *Coercion, Capital, and European states, AD 990–1992*, Oxford: Blackwell.
21. Veen, Hans-Joachim; März, Pete; Schlichting, Franz-Josef (Hrsg.) (2009), *Kirche und Revolution. Das Christentum in Ostmitteleuropa vor und nach 1989*, Köln/Weimar: Böhlau.
22. Winkler, Heinrich August (2015), *Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart*, München: Beck.

